

5

GASTKOMMENTAR

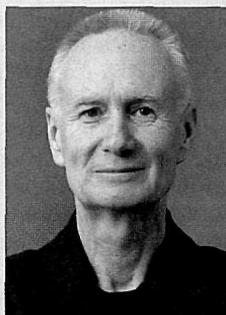
GEREECHTIGKEIT!

von Mag. Wolfgang Lusak

Werden diejenigen, die das neu belebte „G-Wort“ hinausposaunen, ihm wirklich gerecht?

Verteilungsgerechtigkeit gegen Leistungsgerechtigkeit, das ist die neue politische Brutalität. Kann man als Linker überhaupt darauf pochen, was „gerecht“ ist, wenn man Recht immer wieder aus „humanitären Gründen“ aussetzen will? Braucht man als Rechter überhaupt nach „Gerechtigkeit“ rufen, wenn man sowieso der Meinung ist, dass bestehendes Recht und Gesetz „ganz einfach“ einzuhalten sind? Die Beantwortung dieser – zugegeben etwas spitzfindigen – Fragen liegt natürlich in der dynamischen Betrachtung des Themas und in der Betonung der Hintergründe, die – obwohl generell bekannt – in der öffentlichen Diskussion selten „abhanden“ kommen.

Da wird mit dem Hinhacken auf die „unverschämte gierige Finanzwirtschaft“ und auf die mit „unübersichtlichen Zuschüssen in der sozialen Hängematte Befindlichen“ beiderseits mit Neid gearbeitet. Die Lobby der „sozial Schwachen“ hält dabei als Mehrheitsbeschaffer der Parteiendemokratien her. Die Lobby der Finanzwirtschaft und Konzerne macht sich als „Träger“ der Weltwirtschaft unabhkömmlich. Und das mit allen Mitteln: Eine „Supreme Court“-Entscheidung erlaubte kürzlich ausdrücklich Wahlkampfspenden in den USA, was Obama von einer „mit Lobbying-Geld ersäuften



Demokratie“ sprechen ließ. Seine „Finanzmarktreform“ erscheint nach diesen heftigen Worten aber erstaunlich lahm, jedenfalls für die europäischen Teilnehmer am G-20-Gipfel, die – aus meiner Sicht zu Recht – mehr direkte Eingriffe und Besteuerungen forderten.

Wenn auch bei uns keine Spenden in den Transferkontos aufscheinen sollen. Wenn auch bei uns die Banken im sog. „Intelligent Banking“-Bereich, beim Börsen-Casinospielen (Spareinlagen und Realwirtschafts-Finanzierung werden offenbar als weniger intelligent, da zu kostenintensiv eingeschätzt) längst wieder fette Gewinne einfahren. Wenn in Österreich (O-Ton des Finanzministers) 10 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen 60 Prozent der Steuern zahlen. Wenn der Staat Mindestsicherungen gewährt aber gleichzeitig die für unsere Gesundheit und den Klimaschutz notwendige Erneuerbare Energie stiefmütterlich behandelt.

Und wenn auch noch von Vermögenszuwachssteuer die Rede ist, dann schwant mir Unheil: Dass nämlich statt der wirklichen reichen Krisen-Verursacher aus der Finanzwelt nur der nachhaltige Leistungen erbringende Mittelstand und die mittelständischen Betriebe die Defizite ausgleichen müssen. Aber das hieße die Kuh schlachten, von der man Milch haben will.

Verteilungsgerechtigkeit: Ja. Leistungsgerechtigkeit: Ja. Weitere Mittelstandsbelastung: Nein. Mehr denn je brauchen wir alle eine stärkere Lobby der KMU und des Mittelstands.